

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 10 (1953)
Heft: 3

Artikel: Kanalisationsprojekt und Siedlungsprojekt
Autor: Hool, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-781749>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kanalisationsprojekt und Siedlungspolitik

Einleitung

Die starke Drosselung des Wohnungsbaues während den Kriegsjahren, eine gesteigerte Zunahme der Bevölkerung, die konjunkturbedingte Umwandlung vieler Wohnhäuser in reine Geschäfts- und Bürogebäude und nicht zuletzt der Zustrom von Fremdarbeitern bewirkten in der Zeit nach dem Kriege einen ungeahnten Bedarf an Wohnungen. Nicht nur die Städte und grossen Vorortsgemeinden litten unter dieser oft katastrophalen Lage auf dem Wohnungsmarkt, sondern auch alle Landgemeinden, die direkt oder indirekt im Einzugsgebiet stark beschäftigter Industrieunternehmen lagen. Um auch dem einfachen Manne ein Eigenheim oder eine Siedlungswohnung zu angemessenem Mietzins zu verschaffen, unterstützten Bund, Kantone und Gemeinden den privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbau durch kräftige Subventionen. Manche Gemeinden mit Einwohnerzahlen von nur 5000 bis 10 000 kamen dadurch zu ausserordentlichen Ausgaben, die in die Hunderttausende von Franken gingen. Die genannten Faktoren führten zu einem Auftrieb im Wohnungsbau, der nicht nur alle früheren optimistischen Vorstellungen weit übertraf, sondern auch sehr viele Gemeinden überrumpelte und vor fast unlösbare Probleme stellte. So stiegen die neu erstellten Wohnungen in der ganzen Schweiz von 4867 im Jahre 1940 auf 24 384 im Jahre 1951, um 1952 auf 22 335 etwas zurückzugehen. — Die Spekulation begann ihre schönsten Blüten zu treiben, wo nicht rechtzeitig eingeschritten und behördliche Massnahmen getroffen werden konnten. In gar mancher Gemeinde führte eine überstürzte und planlose Bautätigkeit zu Fehlinvestitionen bei Strassenbauten, Kanalisationen und Werkleitungen, die eine ganz erhebliche Belastung des Finanzhaushaltes ergaben. Der Grund zu solcher Misswirtschaft war der Mangel einer vorausschauenden Planung und das Fehlen von Bauordnung, Ueberbauungs-, Strassen- und Kanalisationsplänen. Vielerorts konnte also der Forderung nach baureifem Terrain nicht entsprochen werden und man musste sich zu Notlösungen entschliessen.

Baulanderschliessung

Die private Spekulation findet immer wieder einen Weg und baut eben dort, wo Land zu haben ist, unbekümmert um seine Erschliessungsmöglichkeit. Der Begriff «erschlossenes Bauland» ermangelt einer präzisen Definition. Doch darf verlangt werden, dass eine Bauparzelle durch eine genügende Zufahrt mit einer normalen Verkehrsstrasse in Verbindung steht, sowie ein Wasser-, Kanalisations- und Elektrizitätsanschluss möglich ist. Je nach ortsüblicher Auffassung sind die Ansprüche verschieden. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie die Abwasserbeseiti-

gung in den Aufgabenkreis der Gemeinde gehört. Quartier- und Erschliessungsstrassen einschliesslich der Entwässerungsanlage können jedoch durch Privatpersonen, Genossenschaften oder andere Unternehmen nach den Vorschriften der Gemeinde ausgeführt werden. Normalerweise erfolgt dann früher oder später eine Uebernahme durch die Gemeinde unter besonderen Bedingungen. Es ist aber auch möglich, dass diese die Strassen zusammen mit den zugehörigen Sammelkanälen ausführt und die privaten Baulandbesitzer mit den Baukosten entsprechend belastet. Die Verhältnisse sind von Gemeinde zu Gemeinde verschieden, doch gehört die Ausführung der genannten Werkleitungen, Kanalisationen und Strassen zu den erforderlichen Voraussetzungen des Wohnungsbaues. Damit sehen wir gleichzeitig, dass eine vorausschauende Planung für alle diese Disziplinen absolute Notwendigkeit ist.

Zweck und Notwendigkeit der Ortsplanung

Was erstrebt nun eine Ortsplanung? Sie hat die vorsorglichen Grundlagen für eine wirtschaftlich befriedigende und städtebaulich ansprechende, bauliche Gestaltung einer Ortschaft zu schaffen. Dabei ist die Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinde zu beachten und auf die vorhandenen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Der Faktor Zeit spielt hier eine überragende Rolle, denn die Planung hört praktisch nie auf. Eine erste Hauptetappe erreicht sie allerdings in der Schaffung von rechtsgültigen Bebauungs- und Zonenplänen sowie einer Bau- und Kanalisationsverordnung. Doch müssen diese Grundlagen, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sich immer wieder anpassen können. Das will aber nicht heissen, dass jedes Jahr die Bebauungspläne überholt und abgeändert werden sollen. An den fixierten Hauptlinien muss festgehalten werden, denn einmal erstellte Hauptstrassenzüge und Sammelkanäle können aus naheliegenden Gründen nicht beliebig verlegt werden. Eine Unsicherheit in der Auslegung der vorhandenen Baureglements und Bebauungspläne darf nicht bestehen, sonst verliert die Baubehörde den Boden unter den Füssen.

Tritt nun eine Gemeinde an die Verwirklichung ihrer Ortsplanung heran, so sind viele Gegebenheiten vorhanden, welche eine ideale Gestaltung der Ueberbauung verunmöglichen. Die erste Aufgabe ist also die Erstellung eines Inventars, d. h. die Feststellung des vorhandenen Strassennetzes, der Hauptkanalisations- und Werkleitungen, Wasserreservoirs und Trafostationen, allfälliger Bahnanlagen usw. Noch viele weitere Erhebungen technischer und volkswirtschaftlicher Natur sind für den Planer notwendig, um den spezifischen Charakter der Gemeinde, der von Ort zu Ort verschieden ist, genau zu erfassen. Erst dann darf mit der eigentlichen Planungsarbeit begonnen werden. Wir sehen aus diesen umfangreichen Vorarbeiten, dass sich eine richtige Planung nie in einigen Wochen oder Monaten verwirklichen lässt, denn auch hier heisst es: «Gut Ding muss Weile haben». Oft werden dabei die anfänglich hochgeschraubten Forderungen und Erwartungen von Planern und Behörden durch die nackte Wirklichkeit und die Grenzen der realisier-

baren Möglichkeiten auf ein bescheidenes Minimum reduziert. Das soll aber keinen verantwortungsbe-
wussten Gemeinderat entmutigen. Die Aufgabe ist
zu wichtig und volkswirtschaftlich zu bedeutend für
ein Gemeinwesen, als dass sie auf halbem Wege ab-
gebrochen werden darf. Es vergehen vielleicht
Jahre, bis ein Bebauungsplan alle Klippen glück-
lich umsegelt hat. Als wichtigste seien genannt: die
Planaufgabe mit der Einspracheerledigung, die Ge-
nehmigung durch Gemeindeversammlung und Kan-
ton. Dazu braucht es von den Beteiligten immer
wieder viel Geduld und nie erlahmende Aufklärung.
Wir sehen also, dass die Planung einen regen Fak-
tor der Gemeindepolitik bildet und immer lebendig
sein muss, solange die Ortschaft in Entwicklung
begriffen ist. Für die Verwirklichung von Be-
bauungsplänen ist es aber auch nie zu spät. Plan-
loses Bauen gibt Verdross, kostet die Gemeinde viel
Geld und bringt Schulden, welche auf dem Steuer-
zahler lasten. Es ist daher am falschen Ort gespart,
wenn Gemeindebehörden glauben, ohne Planung
durch versierte Fachleute eine rationelle und wirt-
schaftliche Siedlungspolitik treiben zu können.

Bebauungs- und Kanalisationspläne

Aus dem Bisherigen haben wir also gesehen,
dass eine vernünftige Ortsplanung auf den Gegeben-
heiten, die teils traditionsgebunden, teils techni-
scher Natur sind, aufgebaut werden muss. Als wei-
tere Schlussfolgerung geht hervor, dass Bebauungs-
und Kanalisationsplan in engster Abhängigkeit
zueinander stehen. Es kann weder der eine noch der
andere für sich und ohne Berücksichtigung des
andern projektiert werden. Gilt für die Bauland-
erschliessung ganz allgemein der Grundsatz: «Mit
einem Minimum an Strassenflächen ist ein Maxi-
mum an Bauland zu erschliessen», so hat dieser
sinngemäss auch Gültigkeit für das Kanalisations-
netz. Unter Berücksichtigung der vorhandenen
Strassenzüge und Kanalisationsleitungen muss nun
der Projektverfasser das wirtschaftlichste Strassen-
und Kanalisationsprojekt ausarbeiten, das überdies
in rationellen Etappen ausgeführt werden kann.
Immer wieder muss darauf hingewiesen werden,
dass eine sporadische Ueberbauung des Gemeinde-
gebietes gemäss einer wilden Spekulationspolitik
die Gemeinde viel unnützes Geld kostet. Lange
Elektrizitäts-, Wasser- und Kanalisationsleitungen,
die schlecht ausgenützt werden, sind Fehlinvestitio-
nen. Nur eine weitsichtige und zielbewusste Ge-
meindebehörde kann hier finanzielles Unheil ver-
meiden. Dabei muss sie selber imstande sein, eine
gesunde Bodenpolitik zu betreiben, um einerseits
die Baulandpreise tief zu halten und andererseits die
öffentlichen Bauausgaben für Strassen, Sammel-
kanäle und Werkleitungen auf einem Minimum zu
halten. Zur Realisierung einer gesunden Boden-
und Baupolitik benötigt die Gemeinde selber aus-
gedehnten eigenen Grundbesitz. Nur dann kann sie
die Bautätigkeit massgebend beeinflussen und in
geregelter Bahnen lenken.

Fehlanlagen

Verlockend ist oft, ein Gebiet als Bauland zu
erschliessen, wo vor nicht allzu langer Zeit eine
Güterregulierung mit ausgedehnten Drainagen und
Weganlagen durchgeführt wurde. Bei näherem Stu-
dium dieser Verhältnisse erweisen sich jedoch die
Güterstrassen als zu schmal und im Unterbau zu
schwach, die Entwässerungsleitungen als zu klein
und zu hochliegend. Ferner sind die Abstände und
Gefällsverhältnisse der einzelnen Wege ganz unge-
eignet für eine zeitgemässe Ueberbauung. Die land-
wirtschaftliche Nutzung stellt hier andere Anfor-
derungen als eine moderne Siedlungsanlage. Wegab-
stände von 70—100 m ergeben bei der Bauland-
erschliessung ganz ungünstige Bauparzellentiefen
von 35—50 m. Wird eine Zwischenstrasse eingeschoben,
so erhält man Grundstückstiefen von nur rund
15—25 m. Mit den unzweckmässigen Weganlagen
genügen auch die vorhandenen Entwässerungskanäle
nicht, so dass für eine solche Baulandnutzung vor-
gängig gründliche Untersuchungen unbedingt not-
wendig sind. Andernfalls werden der Gemeinde
durch nachträglich erforderlich werdende ausge-
dehnte Umarbeiten ganz bedeutende Mehrkosten
erwachsen.

Eine weitere fragwürdige Baulanderschliessung
ergibt sich aus folgendem Beispiel: Ein privater
Spekulant hat eine abseits liegende Parzelle mit
mehreren Wohnhäusern überbaut. Das Wasser
wurde von der Gemeinde notdürftig zugeleitet. Als
Zufahrt diente ein überkiester Feldweg und für die
Entwässerung wurden einige Senklöcher erstellt. Da
letztere nach 10—15 Jahren nicht mehr funktionie-
ren und die schlechte Zufahrt von niemand unter-
halten wird, stellen die betr. Liegenschaftsbesitzer
an die Gemeinde das Gesuch, den Weg auszubauen
und einen Sammelkanal zu erstellen. Wer bezahlt
nun diese nicht geringen Bauarbeiten? Auf alle
Fälle nicht der Spekulant, der auch die Wegparzelle
den Anstössern verkauft hatte und somit keine
Eigentumsrechte mehr an der Siedlung besitzt. Also
werden die Hauseigentümer nochmals kräftig
Strassen- und Kanalisationsbeiträge bezahlen müs-
sen, wobei die Gemeinde, und damit der Steuer-
zahler ganz allgemein, auch ihren Anteil leisten
müssen. Hier fehlte also eine vorausschauende Pla-
nung und Aufklärung der Leute. Das ursprünglich
billige Bauland lockte, welches nun durch nach-
trägliche erhebliche Erschliessungs- und Kanalisa-
tionsanschlusskosten ganz bedeutend belastet wird.
Einige Zahlen vermögen dieses Beispiel noch besser
zu illustrieren. Das Ausmass einer solchen Baupar-
zelle betrug inkl. Strassenanteil 700 m², nach Ab-
tretung der Strasse noch 630 m². 70 m² gehen also
ohne Entschädigung verloren, denn die Gemeinde
wird das Strassenareal nicht noch entschädigen. Für
das Bauland wurden damals Fr. 5.— per Quadrat-
meter bezahlt. Als Beitrag für die Instandstellung
und Uebernahme der Strasse durch die Gemeinde
müssen nun Fr. 800.— bezahlt werden. Der An-
schluss in den neuen Sammelkanal mit Ausschalt-
ung von Klärgrube und Senkloch sowie Aenderun-
gen der Grundleitungen kosten Fr. 900.—, wobei

die beiden letztern einen Erstellungswert von Fr. 1200.— aufweisen, der nun verloren ist. Die einmalige Kanalisationsgebühr macht Fr. 500.—. Ziehen wir die Bilanz, so hat dieser Grundeigentümer nachträgliche Auslagen in der Höhe von Fr. 2200.— oder Fr. 3.50 per Quadratmeter seines Grundstückes. Rechnet man das abgetretene Land und die verlorenen Anlagewerte hinzu, so ergibt das eine weitere Belastung der Parzelle von Fr. 2.50, so dass der Boden nun auf Fr. 11.— zu stehen kommt!

Die Ortskanalisation

Welche Funktionen hat nun eine Ortsentwässerung zu übernehmen? Man verlangt von ihr die Aufnahme und das Abführen des oberirdisch anfallenden Wassers auf Strassen und Plätzen, der häuslichen Schmutzwässer sowie der Industrieabwässer. Die Abgabe dieses gesammelten Abwassers erfolgte bis jetzt an einen aufnahmefähigen Vorfluter. Da aber solche Vorfluter mit dem entsprechenden Selbstreinigungsvermögen praktisch nicht mehr existieren — auch unsere grössten Flüsse und Seen leiden unter der Verschmutzung — muss das Abwasser vor der Uebergabe eine Kläranlage passieren. Es ist klar, dass dieses Bauwerk den Abschluss und das Ende unseres Kanalisationsnetzes bilden muss. Somit hat die Projektierung desselben von unten nach oben zu erfolgen. Das Niveau der Kläranlage wird durch die topographischen Verhältnisse und speziell von der Wasserspiegellage des Vorfluters bestimmt, ausser wenn das gesamte Abwasser mit erheblichen Kosten ständig in den Vorfluter hinauf gepumpt werden soll. Sind nun zu tief liegende Sammelkanäle bereits vorhanden, so können Schwierigkeiten bei der Projektierung der Gesamtentwässerungsanlage entstehen. Die Standortbestimmung der Kläranlage ist also eine wichtige Voraussetzung für das richtige Festlegen des Hauptkanalisationsnetzes. Ideal wäre die konsequente Durchführung des Trennsystems, d. h. die Anlage von gross dimensionierten, aber hoch liegenden Kanälen, welche das Oberflächenwasser den nächstliegenden Vorflutern zuführen könnten, und tiefliegende Leitungen mit kleinen Durchmessern, die das häusliche Schmutzwasser nach der Kläranlage abzuleiten hätten. Ganz besondere Probleme bilden die industriellen Abwässer, die in jedem Einzelfalle genau untersucht werden müssen. Da sie in vielen Fällen für das Leitungsnetz einerseits und den natürlichen Klärprozess in der Sammelkläranlage andererseits schädlich sein können, muss deren Vorreinigung in speziellen Kläranlagen unmittelbar beim Industrieunternehmen und vor Einleitung in den öffentlichen Kanal verlangt werden.

Normalerweise wird bei der Projektierung des Kanalisationsnetzes mit dem Mischsystem zu rechnen sein, wobei zur notwendigen Entlastung desselben möglichst viele Regenauslassbauwerke erstellt werden müssen, um das überschüssige Regenwasser auf kürzestem Wege kleinen Bachläufen zuzuführen. Diese Massnahmen sind ausserordentlich wichtig bei der Dimensionierung der Kläranlage. Wäh-

rend bei der Ortsplanung schrittweise vorgegangen werden kann, indem stark in Entwicklung befindliche Wohngebiete vordringlich zu behandeln sind, muss bei der Projektierung der Hauptsammelkanäle auf lange Sicht disponiert werden. Für die Dimensionierung der Leitungen ist das Einzugsgebiet möglichst umfassend einzubeziehen, wobei die Abflusskoeffizienten einer dichten Ueberbauung Rechnung zu tragen haben. Die glatten Oberflächen der Strassen und Hausvorplätze sowie die ausgedehnten Dachflächen bewirken eine Verkürzung der kritischen Abflusszeiten. Alle theoretischen Abflussmengenberechnungen können durch den späteren, unvorhergesehenen Einbezug von weiterem Baugebiet illusorisch werden. Der vorsichtige Projektverfasser wird also die Leitungen besser zu gross als zu gering dimensionieren. Auch in kleinen Neben- und Quartierstrassen sollten keine kleineren Durchmesser als 30 cm gewählt werden. Sind die Kanäle einmal verlegt, so ist die spätere Kontrolle ihres baulichen Zustandes sehr begrenzt. Darum sollte das sorgfältige Verlegen und Eindecken der Rohre durch tüchtiges Fachpersonal ständig überprüft werden. Später kann nur von den Revisionsschächten aus das Rohrinne durch Abspiegeln kontrolliert werden. Aus diesem Grunde darf die Distanz zwischen den Revisionsschächten nicht zu gross sein. Sie sollte bei kleinen Leitungen nicht mehr als 40 m, bei grösseren, aber nicht begehbaren Kanälen, höchstens 55 m betragen. Aus den genannten Gründen ist darauf zu achten, dass diese Leitungen sowohl in der Nivellette, als in ihrer Lage absolut gerade verlaufen. Grosse begehbare Kanäle können auch in Kurven verlegt werden. Zufolge der besseren Dichtungsmöglichkeiten in den Rohrstössen und des günstigeren Rauigkeitskoeffizienten sind Rohre mit Glockenmuffen aus Schleuderbeton oder Steinzeug trotz höheren Kosten vorzuziehen. Dem Ausbau der Revisionsschächte ist ebenfalls volle Aufmerksamkeit zu schenken. Speziell bei Profilwechsel und Richtungsänderungen muss eine absolut einwandfreie Wasserführung durch den Schacht gewährleistet sein. Bei Hochwasser dürfen keine Wasserwirbel entstehen, da sie zu Stauungen führen und die notwendige Entlastung der Kanäle verhindern. Rückstau in die nahen Kellerräume wäre sonst unvermeidlich. Die Kanäle sind wenn immer möglich ins öffentliche Strassengebiet zu legen, damit bei der Begehung der Revisionschächte und der Erstellung neuer Hausanschlüsse nicht privates Grundeigentum benutzt werden muss. Jährliche Kontrollen aller Hauptleitungen sind dringend zu empfehlen. (In diesem Zusammenhange sei auf den ausgezeichneten Aufsatz «Praktischer Gewässerschutz» von Herrn Ing. Baldinger in Heft Nr. 5 vom September/Oktober 1952 der Zeitschrift «Plan» verwiesen.)

Anschluss- und Gebührenpflicht

Die Erstellung, der Unterhalt und Betrieb von Sammelkanälen und zentraler Kläranlage gehört in den Pflichtenkreis der Gemeinde. Werden kleinere Nebenkanäle zur Erschliessung von Bauland durch

Private ausgeführt, so hat dies unter der Aufsicht von Fachpersonal der Gemeinde zu erfolgen. Es ist daher unerlässlich, dass die Liegenschaftseigentümer im Anschlussbereich nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, ihre Häuser an die Schwemmkanalisation anzuschliessen. Bei bestehenden Gebäuden ergibt das oft bedeutende Kosten, da vorhandene Einrichtungen geändert und neue Anschlussleitungen erstellt werden müssen. Vorhandene Hauskläranlagen und Senkgruben sind auszuschalten, da Ueberläufe keinesfalls an die Schwemmkanalisation angeschlossen werden dürfen. Es ist ein unbedingtes Erfordernis, dass die häuslichen Schmutzwässer direkt und auf dem kürzesten Wege als sogenanntes Frischwasser in die Gemeindekläranlage gelangen. Anders liegen die Verhältnisse, wenn noch keine zentrale Reinigungsanlage vorhanden ist. In diesem Falle sind Hauskläranlagen als Uebergangslösungen unerlässlich. Sie bedürfen allerdings periodischer Entleerungen. Grössere Wohnsiedlungen werden aus klärtechnischen und wirtschaftlichen Gründen mit kleinen zentralen Anlagen ausgestattet. Schmutzwasserversickerungen ins Grundwasser oder Ableitungen in kleine Bachläufe sind unstatthaft. Ausnahmen von der Anschlusspflicht können bei landwirtschaftlichen oder Gärtnereibetrieben gemacht werden.

Es erscheint nicht mehr als recht und billig, wenn analog dem Wasserzins auch für die Abwasserabnahme eine entsprechende Gebühr bezahlt werden muss. Wie bei der Wasserversorgung entstehen der Gemeinde nicht nur wesentliche Baukosten, sondern auch ständige Auslagen für den Betrieb und Unterhalt des Kanalisationsnetzes und der Kläranlage. Die Erhebung solcher Gebühren erfolgt auf verschiedene Art. Als Grundlage der Bemessung dient allgemein der Brandversicherungswert der angeschlossenen Gebäude und das Ausmass des zugehörigen Terrains. Die Gebühren können als einmaliger Beitrag oder, wie beim Wasserzins, jährlich erhoben werden. In ersterem Falle muss bei Erhöhung des Gebäudeversicherungswertes eine Nachzahlung erfolgen. Die jährliche Gebührenerhebung dürfte als die zweckmässigere Belastungsart angesprochen werden und bringt der Gemeinde zudem ständige Mittel für den Ausbau ihres Kanalisationsnetzes.

Kanalisationsverordnung

Leider geht es beim Ausbau und dem Betrieb einer Schwemmkanalisation nicht ohne Reglement, das zudem im Interesse jedes einzelnen Bürgers konsequent angewendet werden muss. Das grosse Ziel, welches damit verfolgt wird, ist die möglichste Reinhaltung unserer ober- und unterirdischen Gewässer zur Erhaltung der Volksgesundheit. Eine solche Kanalisationsverordnung soll folgende Hauptpunkte enthalten:

1. Umschreibung des generellen Gemeindeganalisationsprojektes.
2. Nennung der Aufsichtsbehörde oder des zuständigen Amtes mit den ausführenden Organen und der Beratungsstelle.

3. Umschreibung der Anschlusspflicht mit den möglichen Ausnahmen.
4. Notwendigkeit des Bewilligungsgesuches mit Planvorlagen für technisch einwandfreie Entwässerungsanlagen.
5. Bedingung der Vorreinigung schädlicher Abwässer.
6. Verbot der Anschlüsse von Grubenüberläufen an das Kanalisationsnetz mit Kläranlage.
7. Festlegung des Zeitpunktes für den Anschluss an die öffentliche Kanalisation.
8. Kosten für den Bau und Betrieb der Schwemmkanalisation.
9. Beitragspflicht der Grundeigentümer; Gebührenbemessung und Fälligkeit, Zahlungsmodus.
10. Technische Vorschriften über die Ausführung von Hausinstallationen, Grund- und Anschlussleitungen.
11. Spezielle Bestimmungen für die Vorreinigung von gewerblichen und industriellen Abwässern.
12. Eidgenössische und kantonale Gesetze, Strafbestimmungen.

Eine solche Kanalisationsverordnung muss auch in der Bauordnung verankert sein. Es ist für einen Bauherrn wichtig, dass gleichzeitig mit der Behandlung seines Baugesuches auch das Hausentwässerungsprojekt mit der Anschlussleitung an den öffentlichen Sammelkanal endgültig abgeklärt wird. Da die Grundleitungen zugedeckt werden und dann nicht mehr sichtbar sind, ist auf die einwandfreie Verlegung derselben besonderes Gewicht zu legen; speziell sind alle Anschlüsse, Gabelungen, Richtungsänderungen usw. aufs sorgfältigste auszuführen. Es ist unerlässlich, über alle diese Rohrleitungen und Kanäle durch den Architekten oder Baumeister einen genauen Ausführungsplan erstellen zu lassen. Einem späteren Hauseigentümer können dadurch bei allfälligen Reparaturen viel Unannehmlichkeiten und Kosten erspart bleiben.

Schlussfolgerungen

Die Volkswirtschaft im allgemeinen und der einzelne Steuerzahler im besonderen haben ein Anrecht darauf, dass mit den öffentlichen Mitteln haushälterisch und rationell umgegangen wird. Diese Forderung schliesst die Bedingung in sich, dass die verantwortlichen Baubehörden sich über die Tragweite der von ihnen geplanten und zur Ausführung gebrachten öffentlichen Bauwerke bewusst sind. Nur die vorbehaltlose und technisch richtige Koordination aller Fragen, welche die gesunde Entwicklung einer Gemeinde beeinflussen, ermöglicht die Vermeidung von Fehlinvestitionen. Eine Gemeindebehörde ist daher falsch beraten, wenn sie aus Sparsamkeitsgründen glaubt, bei der Abklärung ihrer Planungsprobleme auf die Mitarbeit von tüchtigen Fachleuten verzichten zu können. Also frisch ans Werk, denn zum Planen ist es nie zu spät. Unser nur noch beschränkt zur Verfügung stehendes Nutzland erlaubt kein planloses Bauen.